

# Günstigere Zahnarztbesuche: Gemeinden stellen sich gegen den Staatsrat

Auch im Wallis verzichten Menschen aus Kostengründen auf den Besuch beim Zahnarzt. Der Kanton will das ändern. Die Gemeinden wären auch dafür – wenn es sie nichts kosten würde.

Léonie Hagen

Mehr als ein Viertel der Walliser Bevölkerung gibt an, aus Kostengründen auf einen Besuch beim Zahnarzt zu verzichten. Zu diesem Schluss kommt eine Untersuchung aus dem Jahr 2020, welche das Walliser Gesundheitsobservatorium 2022 ausgewertet hat. Der Kanton will das nun ändern. Am Donnerstagmorgen hat der Staatsrat dafür ein Massnahmenpaket vorgestellt. Es soll insgesamt 1,8 Millionen Franken kosten.

Das Paket dient als Gegenvorschlag zu einer kantonalen Volksinitiative, welche Mathias Reynard mitlanciert hat. Vor sechs Jahren forderten die SP, die damalige CSP, Grüne und Gewerkschaften eine obligatorische Zahnpflegeversicherung. Jede Person im Wallis sollte versichert sein, so der Initiativtext.

## Reynard in der Doppelrolle

Diese Grundversicherung sollte für die arbeitstätige Bevölkerung über obligatorische Lohnabgaben, analog zur AHV, finanziert werden. Für die anderen sollte sie über die kantonale und kommunale Gesundheitspolitik gesichert werden. Die Initiative kam im Mai 2017 zustande und wurde im Februar 2018 für zulässig befunden.

Es war nicht die erste Initiative ihrer Art. Gerade in der Westschweiz wurde mehrfach über kantonale Zahnpflegeversicherungen abgestimmt: in den Kantonen Waadt, Genf und zuletzt in Neuenburg. Alle drei Vorlagen scheiterten an der Urne.

Geht es nach Mathias Reynard, hat man damals einfach nach einem möglichen Ansatz gesucht, um Zahnarztbesuche leichter zugänglich zu machen. Heute sitzt Reynard als Gesundheitsminister auf der anderen Seite. Und sagt, der Gegenvorschlag sei ein guter Kompromiss. Dass dieser Kompromiss viel weniger Leuten dient und etwa fünfzigmal weniger kostet als geplant, störe

ihn nicht. «Das ist pragmatische Politik», sagt Reynard.

Mit dem Gegenvorschlag will der Kanton vor allem einkommensschwachen Haushalten unter die Arme greifen. Diese sollen künftig maximal 500 Franken pro Jahr und Haushalt erhalten, um anfallende Zahnarztkosten zu bezahlen. Das soll etwa 2500 Haushalten zugutekommen, bei welchen das Risiko besteht, dass sie aus Kostengründen auf zahnärztliche Behandlungen verzichten könnten.

Man wolle mit dem Vorschlag ein Giesskannenprinzip verhindern, so Reynard. Und stattdessen die Familien und Betroffenen ansprechen, welche knapp über der Subventionsgrenze leben. Diese werden über das bestehende System für die Familienzulagen bestimmt. Dafür rechnet der Kanton mit Kosten von einer Million Franken. Davon zahlt der Kanton 700'000 Franken, die übrigen 300'000 sollen von den Gemeinden übernommen werden.

Zusätzlich will der Staatsrat in die Prävention investieren. Auch hier will er gezielt Risikogruppen angehen: Eltern und Schwangere, Kinder und Jugendliche oder Bewohnerinnen von Alters- und Pflegeheimen zum Beispiel. Für die Präventionsmassnahmen will der Kanton rund 300'000 Franken zahlen. Die Gemeinden sollen dafür weitere 500'000 Franken in die Hand nehmen. Dieses Geld sei gut angelegt, heisst es von den Verantwortlichen: Mit jedem Franken, den man in die Prävention investiere, spare man dreizehn Franken für die zahnärztliche Versorgung.

## Ein Anliegen, das schon länger wartet

Und doch scheint die Lösung im Verhältnis zum Ziel der Volksinitiative von 2017 eher bescheiden auszufallen. Man habe wirklich lange an diesem «guten Kom-



Staatsrat Mathias Reynard will Zahnarztbesuche gezielt zugänglicher machen.

Bild: zvg/Sedrik Nemeth

promiss» arbeiten müssen, sagt Reynard. Auch, weil die Idee des Initiativkomitees nicht allein im Raum stand.

Ein paar Monate, nachdem die Initiative für gültig befunden worden war, reichte der FDP-Grossrat Christophe Claivaz ein zusätzliches Postulat ein. Man müsse verhindern, dass Teile der Bevölkerung aus finanziellen Gründen auf zahnärztliche Behandlungen verzichten, forderte Claivaz. Der Vorschlag: Gutscheine für Dentalhygiene und Prophylaxe für die, die es sich nicht leisten können.

Im August 2018 wurde der Vorschlag an die ausserparlamentarische Kommission für Zahnpflege weitergegeben. Diese

forderte 2020 statt breit angelegter Umstellungen gezielte Massnahmen für die Risikopopulationen. Das Anliegen rückte aber in den Hintergrund, als die Pandemie grosse Teile der Kantonsverwaltung beanspruchte.

## Gemeinden sind dagegen – der Kanton soll zahlen

Der Entwurf des Staatsrats soll nun auf beides antworten. Er wurde zwischen Oktober 2022 und Januar 2023 in die Vernehmlassung geschickt. Gemäss Kanton unterstütze die grosse Mehrheit der Akteure die vorgeschlagenen Massnahmen. Mit Ausnahme des Verbandes der Walliser Gemeinden VWG. Er befürwortet die vorgesehene Finanzierung nicht.

Das liege nicht an fehlendem Interesse, sagt Niklaus Furger, Vizepräsident des VWG. Im Gegenteil: Schon heute engagiere man sich in den Gemeinden stark über die Walliser Vereinigung für Prophylaxe und Jugendzahnpflege. Die Gemeinden tragen derzeit 40 Prozent der Kosten für die Zahnpflege und -behandlung aller Kinder und Jugendlichen bis zum 31. Dezember ihres 16. Lebensjahres. Dieses System sei in der Schweiz einzigartig.

Dafür haben die Walliser Gemeinden 2021 insgesamt 8,6 Millionen Franken bezahlt. Vor zehn Jahren waren es deren noch 4,9 Millionen. «Für die Gemeinden ist das schon heute eine grosse Belastung», sagt Furger. Alles

Weitere sei einfach zu viel. Der Verband lehne es entschieden ab, weitere Kosten zu übernehmen: «Wenn der Kanton neue Unterstützungsmassnahmen beschliesst, soll er auch die Kosten dafür tragen.»

Der Vorschlag des Staatsrats setzt mehrere kantonale Gesetzesänderungen voraus. Das vorerst letzte Wort dazu hat deshalb der Grosse Rat. Nimmt dieser die Vorlage in ihrer jetzigen Form an, soll sie bis 2025 umgesetzt werden.

Für die SP Oberwallis, die Teil des damaligen Initiativkomitees war, ist das Paket ein Schritt in die richtige Richtung. Zwar sieht man darin einen guten Vorschlag. Die Prävention und die Unterstützung einkommensschwacher Haushalte sei begrüssenswert. Der Zugang zur Zahnmedizin müsse für alle gewährleistet sein – gerade jetzt, da die Kaufkraft der Bevölkerung unter Druck stehe. Es sei wichtig, auch die Schulen und Altersheime vermehrt anzugehen, sagt SPO-Präsidentin Claudia Alpiger. Aber: «Es ist natürlich noch lange nicht das, was damals mit der Initiative gefordert wurde.»

Nun gehe es darum, das vorliegende Paket durch den Grossen Rat zu bringen. Es dürften keine der vorgeschlagenen Massnahmen gestrichen werden, so Alpiger. Sie zeigt sich zuversichtlich – schon bei der Lancierung der Initiative zogen neo – Die sozialliberale Mitte, Grüne und Gewerkschaften mit. Davon erhofft sich Alpiger einen gewissen Rückhalt. Schliesslich sei es unverständlich, dass Zähne von der obligatorischen Krankenversicherung ausgeschlossen würden: «Sie gehören genau so zu unserem Körper wie alle anderen Organe auch.»

Ob die Initiative zurückgezogen wird, bleibt noch offen. Das Initiativkomitee entscheidet nach Abschluss der Grossratsdebatten darüber.